



BÜLTEN BULLETIN

**INFO-TÜRK AJANSI
AGENCE INFO-TÜRK
INFO-TÜRK AGENTUR
INFO-TÜRK AGENCY**

MONATLICHES INFORMATIONSBLATT
Verleger: COODIFF - Square Ch.
M. Wiser - 13/2 - 1040 Brüssel
Tel: 0032 - 2 - 230 34 72 Belgien

Nachdruck von Artikeln unter
Quellenangabe INFO-TÜRK erlaubt

3.Jg. - September 1979
Deutsche Ausgabe Nr.11
Preis: 1,50 DM
Jahresabonnement: 15,00 DM

Beispielloser Terror während des Wahlkampfes

BEWÄHRUNGSPROBE FÜR REGIERUNG ECEVIT: TEILWAHLEN AM 14. OKTOBER

ANKARA (ITA) - Am 14. Oktober wird die Bevölkerung in 29 der 67 Provinzen der Türkei zur Wahl gehen und 49 der insgesamt 150 Senatsmitglieder sowie fünf Abgeordnete für die 450-köpfige Nationalversammlung wählen.

Obwohl diese Teilwahlen natürlich nicht die Bedeutung einer allgemeinen Parlamentswahl haben, werden sie doch als entscheidende Bewährungsprobe für die sozialdemokratische Regierung des Premierministers Ecevit angesehen, weil die Entscheidung über die fünf nachzuwählenden Abgeordneten der Nationalversammlung die Mehrheitsverhältnisse grundlegend verändern kann. Seit dem Rücktritt des Vize-Premiers Dr. Faruk Sükan, einziger Vertreter der kleinen Demokratischen Partei in der Regierung, hat Ecevit bereits seine absolute Mehrheit im Parlament verloren. Sollten die fünf neuen Sitze nun von der rechten Opposition gewonnen werden, dann ist Ecevit zum Rücktritt gezwungen.

Zehn politische Parteien beteiligen sich an den Teilwahlen:

Regierungslager: Republikanische Volkspartei (CHP);

Rechte Opposition: Gerechtigkeitspartei (AP), Nationale Bewegungspartei (MHP), Nationale Heilspartei (MSP), Republikanische Vertrauenspartei (CGP), Partei der Nation (MP);

Linke Opposition: Arbeiterpartei der Türkei (TIP), Sozialistische Arbeiterpartei der Türkei (TSIP), Sozialistische Revolutionäre Partei (SDP), Einheitspartei der Türkei (TBP).

Anfang 1978 konnte Ecevit mithilfe von 13 unabhängigen Parlamentariern - elf davon waren ehemalige Mitglieder der Gerechtigkeitspartei - Demirels Koalitionsregierung der Nationalen Front stürzen. Bei der Regierungsbildung im Januar 1978 erhielten zehn von ihnen einen Kabinettsitz, und auch der einzelne Vertreter der Demokratischen Partei war in der Regierung vertreten.

Durch verfehlte Regierungspolitik und den Tod einiger Abgeordneter sank die Zahl der Abgeordneten der Republikanischen Volkspartei Ecevit's in den letzten 20 Monaten von 213 auf 208, die der regierungsfreundlichen Abgeordneten von 13 auf zwölf, Ecevit's Mehrheit insgesamt somit von 226 auf 220 Stimmen.

Die rechten Oppositionsparteien verfügen zur Zeit über insgesamt 223 Abgeordnete: Gerechtigkeitspartei 177 Sitze, Nationale Heilspartei 23 Sitze, Nationale Bewegungspartei 17 Sitze, Nationale Vertrauenspartei ein Sitz, Demokratische Partei ein Sitz, regierungsfeindliche Unabhängige drei Sitze.

Die linken Oppositionsparteien haben zur Zeit keinen Sitz in der Nationalversammlung, weil die meisten fortschrittlichen Wähler bei den letzten allgemeinen Wahlen ihre Stimme der Republikanischen Volkspartei gegeben haben, um Ecevit bei seinem Versuch, die rechtsgerichtete Regierung abzulösen, zu unterstützen.

Um die Regierung mithilfe eines Mißtrauensvotums zu Fall zu bringen, benötigt die Opposition eine absolute Mehrheit von 226 Stimmen im Parlament. Daher benutzt die Rechtsopposition jedes Mittel, um zumindest drei der fünf nachzuwählenden Sitze in der Nationalversammlung bei den kommenden Teilwahlen zu gewinnen.

Auch die Senatswahlen sind von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung in der Türkei. Die Nachwahl von 49 Senatoren wird die Mehrheitsverhältnisse im Oberhaus entscheidend bestimmen. Die Senatsmehrheit hat Einfluß auf die Wahl des Präsidenten der Republik. Die Amtszeit des gegenwärtigen Präsidenten der Türkei, Fahri Korutürk, endet im März 1980.

Die Regierung Ecevit geht mit schlechten Voraussetzungen in diese entscheidenden Wahlen, da sie stark an Glaubwürdigkeit verloren hat. Der Hauptgrund für den Popularitätsschwund der Regierung liegt darin, daß Ecevit die beiden Hauptprobleme der Türkei - politische Gewalt und wirtschaftlicher Notstand, besonders Inflation - nicht erfolgreich bekämpfen konnte. Zwar hat die Regierung in den letzten Wochen einige politische Terroristen festnehmen können, dies war jedoch nicht genug, um die Wähler zu beeindrucken. Während es in den 32 Monaten der rechtsgerichteten Regierung der Nationalen Front etwa 446 politische Morde gab, waren 1929 in der verhältnismäßig kurzen Regierungszeit Ecevit's (20 Monate). Hinzu kommt, daß die faschistischen Organisationen im Lande weiter unbehelligt arbeiten.

Auf wirtschaftlichem Gebiet konnte Ecevit die Situation zwar leicht verbessern, nachdem ein Konsortium westlicher Regierungen ihm ein Hilfsversprechen in Höhe von 1,45 Md. Dollar gegeben hat, aber er mußte auch eine Reihe unpopulärer Sparmaßnahmen auf Weisung des Internationalen Währungsfonds (IWF) durchführen.

Weiterhin kann sich nachteilig für Ecevit auswirken, daß einige seiner Minister von der Opposition der Korruption und anderer Vergehen beschuldigt werden. Ecevit's Parlamentsfraktion konnte Tadelsanträge gegen einen der beschuldigten Minister nur dadurch vereiteln, daß sie bei den entsprechenden Tagesordnungspunkten die Parlamentssitzung verließen. In Anspielung auf dieses Verhalten der Republikaner erklärte der Vorsitzende der Gerechtigkeitspartei und Führer der Rechtsopposition Süleyman Demirel: "Der 14. Oktober wird der Tag der Abrechnung sein. Am Wahltag wird die CHP nicht vor den Wählern wegläufen können."

Unmittelbar vor den Teilwahlen haben rechte Kreise auch ein politisches Gerücht in Umlauf gebracht, demzufolge die Streitkräfte bereit seien, die Macht im Staate zu übernehmen, falls es nicht zur Bildung einer neuen autoritären Regierung käme. Eine andere Spekulation geht dahin, daß die Streitkräfte die beiden größten Parteien, die Republikanische Volkspartei und die Gerechtigkeitspartei, zur Bildung einer Grossen Koalition zwingen wollten, die dann mithilfe von Verfassungsänderungen fundamentale Rechte einschränken soll, um "Gesetz und Ordnung" im Lande wiederherzustellen.

Wachsender blutiger Terror gegen Sozialisten

Angesichts dieser Tatsachen haben die sozialistischen Parteien, insbesondere die Arbeiterpartei der Türkei (TIP), in ihrem Wahlkampf die progressiven Wähler aufgerufen, für die Vertreter der Arbeiterklasse zu stimmen, um damit die sozialdemokratische CHP wieder auf einen Kurs der Demokratisierung des politischen Lebens zurückzubringen, die Abhängigkeit der Türkei vom Imperialismus zu verringern und die Interessen der Volksmassen zu verteidigen.

Um die Wähler einzuschüchtern und die sozialistischen Kandidaten daran zu hindern, ihre Vorstellungen zu verbreiten, haben die Grauen Wölfe ihre Terrorakte verstärkt. Erst kürzlich wurden in der Provinz Adana der Staatsanwalt Ceyhun Can, einer der Gründer der TIP, der Universitätsprofessor Fikret Ünsal und sechs Lehrer von Grauen Wölfen ermordet. Insgesamt beträgt die Zahl der Opfer politischer Gewalttaten inzwischen nahezu 200 pro Monat.

Im folgenden dokumentieren wir die 194 politischen Morde des vergangenen Monats:

- 19.Aug.: Der rechte Fevzi Köse (Kayseri), der linke Fevzi Kurucay (Izmit), Mustafa Köreoglu und Mehmet Sahin (Urfa), Hüseyin Ertal und seine Frau Seker Ertal (Samsun).
- 20.Aug.: Der Wachtmeister Erdal Görücü, der linke Serdar Tuncaboylu, der Seemann Hamdi Kuru (Istanbul), Sabri Köksal (Kayseri), der Polizist Ahmet Koyuncuoglu und der Fahrer Acayhan Altan (Bergama), der Polizist Mahmut Akun (Mardin), der Student Mehmet Oruc (Diyarbakir), Frau Necmiye Inan und Rasim Mert (Samsun), der linke Mehmet Karaduman (Mugla).
- 21.Aug.: Eine unbekannte Person (Istanbul), der Student Hüseyin Ulu (Samsun).
- 22.Aug.: Der rechte Politiker Hasim Yildirim (Usak), der Nachtwächter Hasan Kus (Corum), der Gefängniswärter Mehmet celik (Adiyaman), der rechte Student Ceylan Barlas (Bursa), der Beamte Cumali Sürücü (Adana), Mehmet Ali Yolac und der Wachtmann Ahmet Oral (Istanbul), der Gewerkschafter Dogan Tasoluk (Antalya).
- 23.Aug.: Cemal Bülbül (Istanbul), der Arbeiter Selim Bekar und der Händler Necati Kadir Aga (Trabzon), der Arbeiter Mehmet Göktas (Adana), der Arbeiter Ömer Kestelli (Mersin).
- 24.Aug.: Der Schuhmacher Ahmet Geyikli (Urfa), der Gefangene Ahmet Türkkan und Osman Güclü (Eskisehir), Sükrü Fidan (Ankara), der Gefangene Halil Eser (Aksehir), der Lehrer Necmettin Öner und Ali Ak (Samsun), der Arbeiter Mehmet Kaya und Metin Mutlu (Gaziantep), der Café-Pächter Osman Oner und Frau Fadime Küçük (trabzon), Halil Atas (Manisa).
- 25.Aug.: Ali Gelenler (Siverek), der Geschäftsmann Mehmet Ali Durak und eine unbekannte Person (Ordu), der Polizist Hikmet Ürkmez und der Oberaufseher Osman Ünal (Ankara), der Wachtmann Hüseyin Özdemir (Kahramanmaras), der Bauer Ertugrul Imer (Malatya), Kemal Kocak (Samsun), Hanifi Özkaya (Kilis), der Polizist Süleyman Ilkun (Fatsa).
- 27.Aug.: Der Ingenieur Özkan Senk, der Wachtmeister Kenan Özdemir, der Kaufmann Kemal Bal, Dursun Metin, Serafettin Kargili und der Fahrer Saim Akil (Samsun), der linke Salahattin Name (Kayseri), der Dorfvorsteher Faik Aydin und seine Frau Zeynep Aydin, sein zweijähriges Kind Enver (Diyarbakir), Mithat Küçük, Hatun Cebi und Aslan Özsoy (Trabzon), Memduh Timucin und Abdülkadir Aktimur (Adana), der linke Cemil Celik (Usak), Mehmet Doruk (Kahramanmaras).
- 28.Aug.: Hüseyin Aras und Tahsin Öz (Ankara), der rechte Mehmet Akra (Istanbul), Sami Baliklikaya (Adapazari), der linke Arbeiter Sadullah Dokur (Adana).
- 29.Aug.: Der Fahrer Emin Kandemir (Mersin), der rechte Ahmet Aktas (Bursa), der Beamte Ismet Torunlar und der rechte Mesut Aras (Adana).
- 30.Aug.: Der linke Hürriyet Er, der rechte Ali Uzun und Satilmis Altin (Istanbul), der Arbeiter Imdat Can (Ankara), Mustafa Eken (Reyhanli), der Polizist Adnan Can (Tarsus).

31. Aug.: Der rechte Ayter Inceler, der rechte Arbeiter Musa Sari, der rechte Cemalettin Yalcin (Tarsus).
1. Sept.: Der Bankangestellte Ibrahim Sakar (Kayseri), der linke Beamte Mustafa Sevinc (Bilecik), der Polizist Ismail Top und Cafer Tutus (Istanbul), der linke Fahri Sen (Ordu), der Goldschmied Irfan Ramazanoglu und ein unbekannter Räuber (Usak), Krem Zorba (Adana).
2. Sept.: Der Lehrer Mehmet Göcen, der Arbeiter Ali Tatar, der Arbeiter Hasan Hüseyin Bagbozan und der Nachtwächter Salahattin Tokgöz (Isken-derum), , eine unbekannte Person (Diyarbakir), Emin Parlak (Kars), Veli Durmus und Fehra Ülkütür (Tarsus).
3. Sept.: Eine unbekannte Person (Samsun).
4. Sept.: Der rechte RizaDökümcü (Biga), Ferhan Özcan Sari (Tarsus), Adem Pekmezci (Ankara), der Student Hasan Ceylan (Hatay), der linke Ismail Ergun (Kesan).
5. Sept.: Der linke Mahir Cakiroglu (Artvin), der Student Mehmet Ali Baloglu und eine unbekannte Person (Istanbul).
6. Sept.: Der Student Ayhan Bitirim und ein unbekannter Arbeiter (Ankara), der Fotograf Metin Cancan und Kemal Küçükoglu (Istanbul), der Büroangestellte Ahmet Oguzhan Bayrak (Hatay), Ahmet Buzdag (Urfa).
7. Sept.: Der Staatsanwalt Yalcin Ünler und seine Frau Nesrin Ünler (Adana), Ali Altinbas (gaziantep), der Angestellte Kemal Küçükoglu (Istanbul), Mehmet Yücebulut (Ankara).
8. Sept.: Vier linke Arbeiter: Osman Haznedar, Yasar Bilgin, Mustafa Sahin, Mustafa Senpinar (Turgutlu), der rechte Politiker Abdullah Kayra und sein Neffe Muhittin Suayip (Batman), der linke Gefangene Burhan Yildirim (Edirne), der pensionierte Polizeiinspektor Mehmet Elekdag (Eskisehir), der linke Politiker Adil Turan (tunceli).
9. Sept.: Der Arbeiter Cumali Erdogan (Izmit), der linke Student Vedat Catal-tepe (Adana), der rechte Arbeiter Yücel Kapisiz (Bursa), Sefa Eryagan (Erzurum).
10. Sept.: Der Staatsanwalt Ceyhun Can, einer der Gründer der Arbeiterpartei der Türkei (Adana), der linke Sevkett Demirel (Gaziantep), der Beamte MikailDelibas (Kayseri), der linke Lehrer Taskin camgöz, der Arbeiter Kadir Gülen (Bursa), der Café-Pächter Sedattin Sucu (Ceyhan). Mehmet Geddal (Siverek), Üzeyir Dogan (Istanbul).
11. Sept.: Der Universitätsprofessor Dr. Fikret Ünsal und Fahri Güler (Adana), der rechte Kecel Türkkkan (Gaziantep), der Lehrer Erkan Eskicirak (Rize).
12. Sept.: Ali Ermis, Sadi Canan, der linke Fevzi Cambas (Istanbul), der Dorfvorsteher Hasan Cobanoglu und der Ladenbesitzer Ömer Saydan (Elazig), Erol Ates (Bursa), Celalettin Cerim, Niyazi Büyüksanlı und der Fahrer Yasar Ülke (Adana), der Lehrer Selahattin Akin-türk und der Nachtwächter Sinan Atli (Urfa).
13. Sept.: Der Schuhmachernizamettin Korkmaz und der Arbeiter Ibrahim Berberoglu (Ankara), der Student Muzaffer Celebi und Sükrü Aydın (Adana), eine 20-jährige unbekannte Person (Istanbul), drei unbekannte Mitglieder der separatistischen Terrororganisation (Urfa).
14. Sept.: Die Physikerin Frau Bercis Seden und Adil Sahin (Gaziantep), eine unbekannte Person (Adana), der Student Fatih Göreli (Istanbul), Celal Köse und Hüseyin Köse (Samsun), Naif Kuzucu (Siverek).
15. Sept.: Der rechte Aziz Sahin und der Frisör Demir Kahveci (Turgutlu), der Student Ismail Celik und der Arbeiter Enver Aksin (Istanbul).
17. Sept.: Der stellvertretende Bürgermeister Dr. Rauf Yilmazer (Gaziantep), der rechte Geschäftsmann Besir Tanriverdi (Kars), Duran Sayan (Tarsus), Hüseyin Dogrusöz (Izmir).
18. Sept.: Sechs Lehrer: Özcan Doruk, Yilmaz Kizilay, Üstün Teke, Ahmet Gürec, Mustafa Karaca und Davut Korkmaz (Adana), eine unbekannte Person (Istanbul), Cuma Nuyam (Kahta), Mustafa Üzülmöz (Bursa).

GEHEIME KONTAKTE ZWISCHEN TÜRKISCHEN UND DEUTSCHEN FASCHISTEN

ANKARA (ITA) - Trotz zahlreicher Beweise für die subversiven und kriminellen Tätigkeiten der Nationalen Bewegungspartei (MHP) haben weder die Regierung Ecevit noch der Oberste Staatsanwalt der Türkei Verfahren gegen diese neofaschistische Organisation des Ex-Oberst Türkes eingeleitet.

Nach zahlreichen Enthüllungen über geplante Morde, die von den Grauen Wölfen, eine paramilitärische Kommandoeinheit der MHP, und ihren anderen Nebenorganisationen wie "Idealisten-Klubs" (Ülkü Ocakları), "Idealistische Jugendvereinigung" (Ülkücü Gençler Dernekleri), "Befreiungsarmee Versklavter Türken" (ETKO), "Türkisches Donnerschlagskommando" und "Türkische Rache-Organisation" (vgl. Bulletin, Juli/August 1979), veröffentlichte nun das Nachrichtenbulletin der Republikanischen Volkspartei einen geheimen Brief von Adolf von Thadden, dem Führer der NPD, einer neofaschistischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland, an den Ex-Oberst Türkes. Der Brief ist aus dem Jahre 1970 und hat folgenden Wortlaut:

"Lieber Türkes!

Ich habe mich sehr über Ihren Brief gefreut. Ich danke Ihnen für Ihre lobenden Worte über mich und meine Partei. Ich bin erfreut zu hören, daß unsere beiden Parteien gleiche Ziele haben. ... Es gibt fundamentale Gemeinsamkeiten zwischen unseren Parteien. Ich bin sicher, daß auch Sie den Wunsch haben, unsere freundschaftlichen Beziehungen auszubauen und zu verstärken. Deshalb habe ich Ihre Vorschläge bezüglich des weiteren Ausbaus der Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien mit Freude zur Kenntnis genommen. Wir haben einstimmig beschlossen, einen Austausch von Jugendgruppen in Gang zu bringen. ... Ich möchte Sie recht herzlich als meinen persönlichen Gast in Deutschland empfangen. Es wäre mir ein Vergnügen, mit Ihnen über die Probleme unserer Länder zu sprechen und nach Wegen gegenseitiger Unterstützung zu suchen." (C-19/9)

LOHNRUNDEN UND STREIKS IN DER TÜRKEI

ANKARA (ITA) - Neben der Zunahme der politischen Gewalttaten, der Zuspitzung der Parlamentskrise und der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation wird für die kommende Zeit eine wachsende Zahl von Streiks erwartet, die die Industrie und den öffentlichen Sektor zusätzlich schwächen könnten.

Das Nachrichtenbulletin der Konföderation Fortschrittlicher Gewerkschaften der Türkei (DISK) gibt dazu folgende Einschätzung:

"Das das Problem der Devisenknappheit zunächst einmal gelöst ist, bleibt als Hauptproblem der Regierung nach dem Abkommen mit dem Internationalen Währungsfond die Kontrolle der Inflation. Die dazu notwendigen Stabilitätsmaßnahmen bestehen in der gegenwärtigen Situation der Türkei in einer Begrenzung des Wirtschaftswachstums, in anderen Worten in einer Verlangsamung der Wachstumsrate. Diese Maßnahme ist auch notwendig, um den zukünftigen Bedarf an ausländischen Devisen in der Türkei zu verringern. Das alles bedeutet, daß die Regierung in den kommenden Monaten eine Politik des "Gürtel-enger-schnallen" betreiben muß. Die Arbeiterklasse kann eine solche Politik nicht gutheißen, da sie keine Verantwortlichkeit für die gegenwärtige Krise hat. Aus diesem Grunde ist die DISK, die fortschrittliche Gewerkschaftsorganisation der Türkei, im Kampf für Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus gegen eine solche Stabilitätspolitik, die auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgetragen wird. Als natürliche Konsequenz aus dieser Haltung kann für die Zukunft mit einer wachsenden Zahl von Streiks gerechnet werden."

Nach offiziellen Zahlen befanden sich Anfang September 10 000 Arbeiter im Streik. Während der ersten sieben Monate des Jahres 1979 fanden insgesamt 126 Streiks unter Beteiligung von 21 011 Arbeitern statt. Andererseits haben die Unternehmer in der gleichen Zeit 4 065 Arbeiter in 21 Unternehmen ausgesperrt. All diese Streiks und Aussperrungen führten zu einem Ausfall von insgesamt 1 415 784 Arbeitstagen.

In naher Zukunft werden die türkischen Gewerkschaften die Lohnrunden für 348 000 Arbeiter im öffentlichen Sektor und 132 000 Arbeiter im privaten Sektor führen. Die Mehrzahl dieser Lohnrunden und Streiks werden von der DISK durchgeführt.

Auch die Konföderation Türkischer Gewerkschaften (TÜRK-Is) hat die Regierung aufgefordert, den Sozialkontrakt zwischen dieser Organisation und der Regierung zu überprüfen. Die TÜRK-Is stellte fest, daß der Sozialkontrakt den neuen gegenwärtigen Bedingungen angepaßt werden muß, oder die Konföderation müsse "eine neue Haltung einnehmen."

Die Antwort der Regierung Ecevit an die Gewerkschaften war das Verbot wichtiger Streiks. So untersagte die Regierung einen Streik der Eisenbahnarbeiter am 20. August, einen Streik der Raffineriearbeiter am 21. August, und einen Streik der Bergleute und Arbeiter im öffentlichen Dienst am 6. September 1979. Neunhundert Arbeiter, die aus Protest gegen die Entlassung von zehn Kollegen die Arbeit niedergelegt hatten, wurden in Adana von den Sicherheitskräften festgenommen.

Diese gewerkschaftsfeindliche Haltung der Regierung verstärkt die soziale Unruhe im Lande und treibt die Gewerkschaften in eine regierungsfeindliche Position.

(C-M-DN-D-DG-20/9)

WELTBANK ZWINGT TÜRKISCHE REGIERUNG ZU WEITEREN SPARMASSNAHMEN

ANKARA (ITA) - Die Weltbank hat einen zusammenfassenden Bericht über die türkische Wirtschaft mit dem Titel "Türkei: Von der Krise zum Wachstum" vorgelegt, in dem die Politik des vierten Fünfjahresplans kritisiert wird. In dem Bericht heißt es, daß der Plan davon ausgehe, der Staat sei die einzige wirksame Kraft im Wirtschaftsleben; es werde übersehen, daß auch der Privatsektor eine dynamische Komponente sei und vom Staat unterstützt werden müsse.

Der Bericht der Weltbank betont auch die Notwendigkeit einer Senkung der öffentlichen Investitionen sowie verringerter Wachstumsraten für 1979 und 1980; schließlich befürwortet er ein Einfrieren der Gehälter und eine Begrenzung des privaten Konsums.

(DN-A-DG-15/9)

GESPRÄCHE ÜBER TÜRKISCH-AMERIKANISCHES VERTEIDIGUNGSABKOMMEN

ANKARA (ITA) - Am 19. September sind in Ankara die türkisch-amerikanischen Gespräche bezüglich einer Serie von Abkommen im Bereich der Verteidigungsbeziehungen zwischen den beiden Ländern wieder aufgenommen worden.

Nachdem das US-Waffenembargo gegen die Türkei aufgehoben war, hat die türkische Regierung bereits den amerikanischen Zutritt zu den Militärbasen in der Türkei genehmigt, allerdings unter der Bedingung, daß ein neues Verteidigungsabkommen im Laufe eines Jahres, d.h. bis zum 9. Oktober 1979, ausgehandelt werde.

Der türkische Botschafter Sükrü Elekdag sagte, daß die Vereinigten Staaten und die Türkei Fortschritte bei den Verhandlungen über ein Abkommen machten. Er fügte jedoch hinzu, daß es nicht sicher sei, ob die Verhandlungen bis zum Stichtag des 9. Oktobers abgeschlossen werden könnten.

Nach Angaben amerikanischer Beamter gibt es eine stillschweigende Übereinkunft, daß die Vereinigten Staaten auch nach dem 9. Oktober Zugang zu ihren Anlagen in der Türkei gewährt bekommen, selbst wenn die Verhandlungen bis dahin noch nicht abgeschlossen sein sollten.

Die Verhandlungen drehen sich um ein sogenanntes Grundsatzabkommen, in dem die allgemeinen Bedingungen der amerikanisch-türkischen Verteidigungsbeziehungen skizziert werden sollen. Zusätzlich wird noch über drei weitere Abkommen verhandelt, in denen es um die Modalitäten einer gemeinsamen Verwaltung der Militärbasen, um amerikanische Verteidigungshilfe für die Türkei und um gemeine Produktion militärischen Materials geht.

Die sozialistischen Parteien und andere demokratische Organisationen in der Türkei kritisieren die Regierung Ecevit, weil sie das türkische Militärwesen wieder unter die Kontrolle des Pentagon bringt und somit den imperialistischen Zielen der Vereinigten Staaten im Nahen Osten dient.

(DN-C-DG-14/9)

AUSSENHANDELSDEFIZIT DER TÜRKEI: IN SIEBEN MONATEN 1,35 MD. DOLLAR

ANKARA (ITA) - Nach Zahlen des Ministeriums für Handel ist in den ersten sieben Monaten des Jahres das Außenhandelsdefizit der Türkei auf 1,35 Md. Dollar gewachsen; das sind 50 Mio. Dollar weniger als das Defizit im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Andererseits erhielt die Türkei im gleichen Zeitraum 1,19 Md. Dollar in ausländischen Devisen als Überweisungen türkischer Arbeiter aus dem Ausland. Diese Zahl stellt eine Steigerung um 144% im Vergleich zum Vorjahr dar. Dieser Zuwachs ist im Wesentlichen auf die Abwertung der türkischen Währung um 43% im Juni 1979 zurückzuführen.

Ebenfalls in dem Zeitraum von sieben Monaten beliefen sich die türkischen Exporte auf 1,325 Md. Dollar, während die Importe 2,675 Md. Dollar ausmachten. Der Handel zwischen der Türkei und den Ländern der EG ging während dieses Zeitraums im Vergleich zum Vorjahr zurück und liegt nun prozentual sogar unter dem Stand von 1974.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Handelsbeziehungen mit den EG-Ländern seit 1974 (jeweils Januar bis Juli):

Jahr	Import in Mio.Dollar	%	Export in Mio.Dollar	%
1974	767,555	46,1	404,419	45,8
1975	1 166,661	48,1	250,151	39,2
1976	1 097,358	46,5	501,021	43,0
1977	1 324,704	44,7	423,403	47,9
1978	890,052	39,8	481,730	50,0
1979	937,230	39,0	538,618	45,7

Von dem Kredit des Internationalen Währungsfonds im Juli 1979 in Höhe von 91,55 Mio.Dollar mußte die Türkei 51,85 Mio.Dollar unmittelbar zur Rückzahlung von Schulden aufwenden. Daher verblieben von dem IWF-Kredit nur netto 39,7 Mio.Dollar. (A-DN-DG-14/9)

KRIEGSRECHT BEEINTRÄCHTIGT DEMOKRATISCHE ORGANISATIONEN UND KULTURELLES LEBEN

ANKARA (ITA) - Die Kriegsrechtsbehörde der Provinz Ankara hat die Vereinigung aller Bediensteten im Gesundheitswesen (TÜS-DER) verboten und sieben Zweigstellen der sogenannten Volkshäuser (Halkevleri) kürzlich schließen lassen. Schon vorher haben die Militärbehörden fortschrittliche Jugend- und Frauenorganisationen verboten.

Die gleiche Behörde hat auch die Aufführung von Theaterstücken von Bertold Brecht und Nazim Hikmet in Ankara untersagt.

Am 7. September 1979 wurde der Universitätsprofessor Ismail Besikci von einem Gericht in Istanbul zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Seine Forschungsarbeit unter dem Titel "Thesen über die türkische Geschichte und die kurdische Frage" wurde von dem Gericht als Propaganda für separatistische Bestrebungen bewertet. Herr Besikci war bereits 1971 zu einer Gefängnisstrafe von 13 Jahren wegen eines anderen Buches verurteilt worden, jedoch 1974 dank der Generalamnestie für politische Gefangene wieder freigelassen worden. Besikci ist eine anerkannte Autorität zu Fragen und Problemen der Nationalitäten in der Türkei. Ein weiteres Verfahren wegen eines anderen Buches mit dem Titel "Das Statut der Republikanischen Volkspartei (1927) und die kurdische Frage" dauert zur Zeit noch an. Sollte er auch wegen dieses Werkes verurteilt werden, so wird sich seine Gefängnisstrafe verdoppeln.

Auch anlässlich des Internationalen Filmfestivals in der Stadt Antalya kam es zu skandalösen Maßnahmen der Kriegsrechtsbehörden. Der Zensurrat verbot die Vorführungen einiger Filme, darunter auch Beiträge anderer Länder. Nach dieser Intervention beschlossen die Regisseure und Mitglieder der Jury, den Wettbewerb auszusetzen. Alle demokratischen Organisationen haben gegen diese Entscheidung des Zensurrates protestiert.

Diese Verletzungen der persönlichen Freiheiten und fundamentaler demokratischer Rechte haben dem "demokratischen Image" des Premierministers Bülent Ecevit starken Abbruch gegeben. (C-M-DG-8/9)

VORSITZENDE DER ARBEITERPARTEI DER TÜRKEI IN MOSKAU

ANKARA (ITA) - Die Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) Frau Behice Boran vertrat ihr Land bei der Weltkonferenz für eine friedliche und sichere Zukunft aller Kinder, die in diesem Monat in Moskau abgehalten wurde. Frau Boran war von der Kommission für das Internationale Jahr des Kindes in die Sowjetunion eingeladen worden.

Todor Zhivkov, der erste Sekretär des Zentralkomitees der Bulgarischen Kommunistischen Partei und Staatsratsvorsitzender, empfing während seines Besuchs in der Türkei eine Delegation der Arbeiterpartei der Türkei. Die Vorsitzenden der beiden Parteien tauschten Freundschafts- und Solidaritätsbotschaften aus. (Y-9/9)

PLO-VERTRETUNG IN ANKARA

ANKARA (ITA) - Die Türkei und die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO unterzeichneten ein Abkommen über die Öffnung eines PLO-Büros in Ankara. Das vom türkischen Außenminister Gündüz Ökcün und Farouk Khaddoumi auf PLO-Seite unterzeichnete Protokoll sieht die Einrichtung eines Büros mit einem Missionschef und fünf Mitarbeitern vor. Der Missionschef und zwei seiner Mitarbeiter sollen vollen diplomatischen Status erhalten.

In dem Protokoll wird "eine gerechte, dauerhafte und umfassende Lösung der Nahostfrage" gefordert. "Das kann nur durch die Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes erreicht werden, unter Einschluß des Rechts auf Staatlichkeit."

Das Abkommen wurde einen Monat nach dem Überfall palästinensischer Guerillas auf die ägyptische Botschaft in Ankara ausgehandelt. Die Guerillas stehen zur Zeit vor dem Militärgericht in Ankara.

In der Vergangenheit haben die türkischen Regierungen eine eng an Israel orientierte Politik betrieben. Die Regierung Ecevit versucht jedoch die Sympathie der Dritten Welt zurückzugewinnen. (O-22/9)

TÜRKISCHE FASCHISTENKOMMANDOS ÜBERFALLEN JUGENDLICHE IN LEFKA (ZYPERN)

NIKOSIA (ITA) - Die faschistische Kampftruppe der Nationalen Bewegungspartei (MHP), die Grauen Wölfe, haben ihre terroristischen Aktivitäten in dem von der Türkei besetzten Teil Zyperns verstärkt.

Nach Berichten der türkischen Tageszeitung Kurtulus sind türkische Faschisten mit dem Ziel nach Zypern eingereist, die politischen Spannungen dort zu vergrößern. Sie haben sich an der Technischen Schule von Lefka eingeschrieben und unternehmen nun fortgesetzte Angriffe auf die fortschrittlichen Teile der Bevölkerung. Obwohl diese Kommandomitglieder keine Familien auf Zypern haben, können sie sich allmonatlich bei der Technischen Schule in Lefka neu einschreiben. Die Überfälle der Faschisten, die sämtlich nicht älter als 23 Jahre sind, führen zu Unruhen unter der einheimischen Bevölkerung. Anstatt gegen die mit Messern und Schlaginstrumenten bewaffneten Faschisten vorzugehen, verhaftete die Polizei vier Jugendliche aus Lefka. Diese Jugendlichen sind immer noch in polizeilichem Gewahrsam und können keinen Anwalt finden, der ihren Fall vertritt. In der Zwischenzeit halten die Faschisten in Cafés demagogische Reden, um die Bevölkerung zu verwirren. Sie verbreiten Lügen über die fortschrittlichen Jugendlichen

auf Zypern, die angeblich gegen die Türkei eingestellt seien, und sie verstärken damit die Spannungen zwischen Zyprioten und Türken.

"Die Nationale Einheitspartei (von Herrn Deñtas), die diese faschistischen Kommandos mit dem einzigen Ziel nach Zypern gebracht hat, unsere Bevölkerung einzuschüchtern, ist genauso verantwortlich für die Zwischenfälle wie die faschistischen Kommandounternehmen selbst", heißt es in der Zeitung.

(K-CB-DG-16/6)

GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER TÜRKISCHEN UND GRIECHISCHEN GEWERKSCHAFTEN

AUF ZYPERN

NIKOSIA (ITA) - Am 12. Juli 1979 forderten die Führer der Panzyprischen Arbeitervereinigung (PEO) und der Türkisch-Zypriotischen Revolutionären Gewerkschaften (DEV-IS) in einer gemeinsamen Erklärung eine Reihe von praktischen Maßnahmen, "die die Verständigung und das gegenseitige Vertrauen" zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen vergrößern helfen sollen.

Die Erklärung wurde nach zweitägigen Gesprächen im Ledra Palace Hotel in Nikosia veröffentlicht. Darin heißt es, daß "Griechen und Türken in einer Bundesrepublik Zypern friedlich und in Freundschaft zusammenleben können, wie dies auch viele Jahre lang in der Vergangenheit der Fall war." Beide Gewerkschaften treten für eine vereinigte und integrierte Wirtschaft auf Zypern ein, in dessen Rahmen alle Zyprioten gleiche Rechte und Möglichkeiten haben sollen, und die die Grundlage für die politische Einheit einer Bundesrepublik Zypern darstellen soll.

In dem Kommuniqué heißt es weiter, daß Fabriken und andere Unternehmen entlang der "grünen Linie" die Arbeit wieder aufnehmen sollten und daß griechische und türkische Zyprioten gemeinsam beschäftigt werden sollten.

Die beiden Gewerkschaften schlagen häufigere Treffen vor, "wenigstens einmal alle drei Monate". PEO und DEV-IS wollen sich auch für die Abhaltung einer Internationalen Gewerkschaftskonferenz auf Zypern einsetzen, an der alle zypriotischen Gewerkschaften sowie Gewerkschaften aus der Türkei, Griechenland und anderen Ländern teilnehmen sollen. - (CB-DG-21/7)

12 490 ARBEITER AUS DER TÜRKEI IM AUSLAND

ANKARA (ITA) - Nach offiziellen Angaben hat sich die Zahl der Arbeiter aus der Türkei, die ins Ausland gingen, im Vergleich zu 1977 und 1978 erhöht. Allein im Juli 1979 verließen 1 912 Personen die Türkei, insgesamt waren es in diesem Jahr (Januar bis Juli) 12 490, ein Anstieg um 27% gegenüber dem Vorjahr. Die meisten dieser Arbeiter gingen in Länder des Nahen Ostens.

(DN-DG-15/9)